

FOTO: IDEALTEMA/ FLICKR



Venezuela vor der Verfassungsreform: Sozialistische Perspektive...



FOTO: ARTURO AYALA/ FLICKR

...oder Maulkorb für alle Kritiker?

varischen Gruppen ausgesetzt sind. Diese würden wiederum von der Zentralregierung unterstützt. So werde der vermeintlich lokale und basisorientierte Charakter verzerrt und mit den kommunalen Räten eine Instanz gestärkt, um von oben nach unten zu regieren. Marino Alvarado vom Menschenrechtsverband Provea verweist in diesem Zusammenhang auf die Risiken der geplanten Kommunalpolizei, die als „Staatspolizei“ diskriminierend gegen alle vorgehen könnte, die nicht die Regierung unterstützen.

Alvarado, dessen Organisation den „bolivarianischen Prozess“ kritisch-solidarisch begleitet, sieht auch eine große Gefahr in der stärkeren Einbindung der Armee in das gesellschaftliche Leben. „Dieses Vorhaben ist aus einem von den USA geförderten Diskurs entlehnt. Auch dort übernehmen Streitkräfte die Aufgabe, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten“, sagt der Provea-Sprecher. Während die venezolanische Verfassung bisher vorsieht, dass das Militär keine politischen Aktivitäten ausüben darf, sollen Soldaten künftig die „Sicherheit der Bürger“ gewährleisten. Dass die Bolivarianischen Streitkräfte dann die Nation „vor jedem äußeren und inneren Angriff“ bewahren sollen, öffnet den Raum für Einsätze gegen jegliche Dissidenz im Land. Oberster Befehlshaber der Armee ist natürlich der Präsident, ihm obliegt die Absetzung und

Beförderung militärischer Autoritäten.

Auch im politischen Bereich stehen die geplanten Befugnisse des Präsidenten in einer deutlichen Asymmetrie zu den geplanten basisdemokratischen Ansätzen. Die Regierung – und damit zunächst Chávez – kann demnach per Dekret neue politisch-territoriale Einheiten ins Leben rufen und deren politische Führung ernennen. Und damit der Linkspolitiker auch weiterhin seinen Weg zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gehen kann, soll die Bevölkerung mit einem „Ja zur Reform“ die unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten garantieren. Bürgermeister und Gouverneure sollen jedoch nicht mehrmals zur Wahl stehen dürfen. Das könne eine Politik der Patronage befördern, meint Chávez.

Nicht zufällig kritisieren linke Gegner des jetzigen Verfassungsentwurfs diese Machtkonzentration und klagen demokratische Regeln ein. Schon immer lag Chávez' Stärke darin, mit einfachen Weltbildern und entsprechendem Haudegen-Vokabular die Unterklassen für sich zu begeistern und damit seine Macht zu sichern. Der Caudillo gefällt sich in der Rolle des hemdsärmeligen Machers, der von ganz oben direkt nach ganz unten spricht. Solange seine Botschaften und die Unterstützungsleistungen der Regierung dort ankommen, werden kommunale Räte und bolivarianische Zir-

kel wohl im Einklang mit ihrem ideellen Vater stehen. Wer jedoch anderer Meinung ist, hat wenig zu lachen, und es sind demokratische Spielregeln, die dann den Staatschef bremsen und einem autoritären Vorgehen Grenzen setzen können. Deshalb fordert etwa das „Forum für das Leben“, dass die Strukturen der repräsentativen Demokratie neben den neuen partizipativen erhalten bleiben und kritisiert, dass der „Aufbau des Sozialismus“ in der Verfassung als oberstes Ziel formuliert wird. „Der demokratische Sozialismus ist eine Option oder ein Modell, aber er darf nicht das einzige für alle Bürger sein.“

In letzter Zeit ist es häufiger zu Zerwürfnissen unter Befürwortern der bolivarianischen Revolution gekommen. So haben auch einige „Chavisten“ dagegen protestiert, dass dem oppositionellen Privatsender RCTV die Lizenz nicht verlängert wurde. Auf Kritik stößt zudem das Vorhaben, die „Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas“ zu gründen. Die linkssozialdemokratische Podemos, die Kommunistische Partei und die linke PPT weigern sich, in der bolivarianischen Einheitspartei aufzugehen. Sie alle sprechen sich jedoch nicht grundsätzlich gegen die Verfassungsreform aus. Der ehemalige Verteidigungsminister Baduel fordert, dass die Änderungen in einer Verfassungsgebenden Versammlung diskutiert werden müssten, da es sich

um eine „Transformation des Staates“ handle. Der Podemos-Vorsitzende García ist der Meinung, dass der erst im August öffentlich vorgestellte Entwurf länger in der Bevölkerung diskutiert werden müsste. „Der Präsident hat sechs Monate benötigt, um das Projekt durchzuarbeiten, damit er es dem Land präsentieren kann. Dann kann das Land dieses Projekt nun nicht in drei Monaten analysieren“, erklärte der Abgeordnete und verwies auf Verfassungsfehler. Die Antwort war deutlich. „Für Mehrdeutigkeiten haben wir jetzt keine Zeit“, gab der chavistische Parlamentarier Mario Isea zu verstehen. „Entweder man ist für die Volksmacht oder man ist gegen sie.“

Wolf-Dieter Vogel ist freier Journalist und lebt in Mexico-City.

#### La semaine prochaine

#### Dessine-moi une nation

Gilbert Trausch, historien d'Etat? Le woxx s'est entretenu avec un jeune historien sur le rôle de l'historiographie dans la construction de l'identité nationale.



**woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire**, früher: Gréngespaun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion und Layout:** Luc Caregari (luc.caregari@woxx.lu), Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Susanne Hangarter (susanne.hangarter@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), David Wagner (david.wagner@woxx.lu), Christiane Walerich (christiane.walerich@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel und Grafiken geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** Martine Vanderbosse (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 9 - 13 Uhr • **Druck:** c. a. press, Esch • **Einzelpreis:** 1,60 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 70 € (Ausland zzgl. 26 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 25 € • **Konto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk „Neu-Abo“; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Tel. 29 79 99-10; annonces@woxx.lu; Espace Régie, Tel. 44 44 33-1; Fax: 44 44 33-555 • **Recherchefonds:** Spenden für den weiteren Ausbau des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der „Solidaritéit mam Gréngespaun asbl“ sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxemburg • **Büros:** 51, av. de la Liberté (2. Stock), Luxemburg • **E-Mail:** woxx@woxx.lu • **URL:** www.woxx.lu • **Tel.** (00352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79